

# PRÄSIDENTENKONFERENZ DER LANDWIRTSCHAFTSKAMMERN ÖSTERREICHS

Wien I., Löwelstraße 12  
Postfach 124 1014 Wien  
Telefon 63 07 41, 63 77 31 Fernschreiber 13/5451

A. Z.: R-983/M

Es wird ersucht, bei Antwortschreiben das Aktenzeichen anzugeben.

Betreff:

Zum Schreiben vom .....

A. Z.: .....

Wien, am 12. Sept. 1983

An das  
Präsidium des Nationalrates  
Parlament  
1010 Wien

*Zi Atzwanger*

betrifft	GESETZENTWURF
Zi.	25 -GE/19 83
Datum:	14. SEP. 1983
Verteilt	1983 -09- 15 <i>fl</i>

Betreff: Familienministerium

Die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs übermittelt in der Anlage 25 Exemplare ihrer Stellungnahme zu dem im Betreff genannten Entwurf.

Für den Generalsekretär:

*Seamus*

25 Beilagen



**PRÄSIDENTENKONFERENZ  
DER LANDWIRTSCHAFTSKAMMERN  
ÖSTERREICHS**

12.9.1983/10.35 Uhr

Wien, am .....  
Wien I., Löwelstraße 12, Postfach 124 1014 Wien  
Telefon 63 07 41, 63 77 31, Fernschreiber 13/5451

Fernschreiben

An das Bundeskanzleramt, Wien, FS-Nr. 1370-900

G.Z.: R-783/M

An das Bundeskanzleramt, Wien

Gegenstand: Familienministerium

Zum Schreiben vom 20. Juli 1983

GZ.: 602 354/4-V/a/2/83

Angesichts der durch verschiedene Entwicklungen zunehmend bedrängten Lage der Familien ist auch die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs der Auffassung, daß der Familienpolitik mehr Bedeutung als bisher beigemessen werden muß. Sie glaubt jedoch, daß "öffentlich erkennbare Signale für den Bedeutungszuwachs der Familienpolitik" (Erläuterungen) auch anders (und bei vielen Gelegenheiten) gesetzt werden können, als durch die Schaffung eines neuen Bundesministeriums für Familie, Jugend und Konsumentenschutz. Diese erscheint weder sachlich geboten noch in einer so kritischen Phase des Staatshaushaltes finanziell vertretbar.

Auch die bisherigen Erfahrungen bei zahlreichen für die Familien nachteiligen Gesetzgebungs- und Vollziehungsmaßnahmen lassen kaum erwarten, daß ein neues im wesentlichen mit Querschnittsmaterien betrautes Ministerium innerhalb der Bundesregierung nun auf einmal die Ressortnotwendigkeiten mit Härte, Konsequenz und Beharrlichkeit durchsetzen können wird.

Die Präsidentenkonferenz spricht sich daher gegen den Gesetzesentwurf aus.

Der Präsident:  
ÖkR. Dr. LEHNER

Der Generalsekretär:  
Dr. BRANDSTÄTTER